



GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT  
GÖTTINGEN

## Presseinformation

### Kontakt

Florian Finkbeiner  
florian.finkbeiner@demokratie-goettingen.de

FoDEx – Forschungs- und Dokumentationsstelle  
zur Analyse politischer und religiöser Extremismen  
in Niedersachsen  
am Institut für Demokratieforschung  
Georg-August-Universität Göttingen  
Weender Landstraße 14  
37073 Göttingen

# Neue Gesellschaftsstudie

## Niedersächsischer Demokratie-Monitor (NDM) 2019

*Hannover, 29. Mai 2019* – Vor der Landespressekonferenz haben Wissenschaftler vom Göttinger Institut für Demokratieforschung und vom Methodenzentrum Sozialwissenschaften der Georg-August-Universität Göttingen eine neue Studie vorgestellt. Unter dem Titel „**Niedersächsischer Demokratie-Monitor (NDM)**“ haben die Forscher in einem interdisziplinären Projekt die Demokratie- und Gesellschaftsvorstellungen der niedersächsischen Bevölkerung untersucht.

### **Erster Demokratie-Monitor in einem westdeutschen Bundesland**

Bislang gibt es kein einziges westdeutsches Bundesland, in welchem die Demokratievorstellungen regelmäßig untersucht werden, um Veränderungen im Zeitverlauf und im Strukturwandel der politischen Kultur zu identifizieren.

Solche Untersuchungen gibt es bisher nur in ostdeutschen Bundesländern wie in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

### **Repräsentative Umfrage**

Die Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEX) am Göttinger Institut für Demokratieforschung hat gemeinsam mit dem Methodenzentrum Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen eine repräsentative Umfrage durchgeführt. Beauftragt wurde hierfür *forsa. Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH*. Befragt wurde die Wohnbevölkerung Niedersachsens ab 16 Jahren mit deutscher Staatsangehörigkeit. Die Erhebung ist eine repräsentative Stichprobe mit 1.001 Fällen.

### **Wenig Wissen über die Demokratievorstellungen**

Ausgangspunkt der Erhebung war die Feststellung, dass zu den Demokratie- und Gesellschaftsvorstellungen der Niedersachsen kaum Erkenntnisse vorliegen. Zwar existieren Befragungsergebnisse über das Vertrauen in und die Zufriedenheit mit der Demokratie insgesamt. Aber was man in Niedersachsen überhaupt unter Demokratie versteht und welche zentralen Vorteile man in dieser gesellschaftlichen Organisationsform sieht, ist bisher kaum erforscht.

### **Erste Erhebung ihrer Art**

Der NDM unterscheidet sich von bisherigen Landesmonitoren, indem er einen verstärkten und vertiefenden Akzent auf die Demokratie- und Gesellschaftsvorstellungen der Niedersachsen legt. Außerdem soll im Unterschied zu anderen Landesmonitoren die standardisierte Befragung zukünftig erweitert und mit einem qualitativ-empirischen Design kombiniert werden, d. h., spätere Gruppendiskussionen und halbstandardisierte Interviews mit narrativen Elementen sollen verschiedene Aspekte vertiefen, um Wahrnehmungsmuster und Beurteilungsmaßstäbe zu erfassen und ggf. Hinweise dafür zu liefern, den Fragebogen für die kommende repräsentative Umfrage partiell anzupassen.

## **Wichtige Ergebnisse im Überblick**

### **Politische Interesse und Engagement sind stark**

Mehr als die Hälfte der Befragten geben an, politisch sehr stark oder stark interessiert zu sein. Dieses starke politische Interesse spiegelt sich auch darin, dass ein großer Teil der Befragten schon einmal politisch aktiv gewesen ist und sich in Vereinen, Organisationen und bürgerschaftlichen Initiativen engagiert hat.

### **Großes Vertrauen in die staatlichen Institutionen**

Die Befragung zeigt, dass die Bürger in Niedersachsen nicht nur großes Vertrauen in Institutionen wie das Bundesverfassungsgericht haben. Sie schenken darüber hinaus vor allem der Polizei und der Landesregierung außerordentlich viel Vertrauen – teilweise sogar vergleichsweise mehr als in ostdeutschen Bundesländern.

### **Soziale Gerechtigkeit und Migration sind die wichtigsten Probleme**

Wir haben die Niedersachsen ganz allgemein und ohne Vorgaben gefragt, was aus ihrer Sicht derzeit die wichtigsten Probleme in der Bundesrepublik sind. Drängende Probleme werden in ganz unterschiedlichen politischen Feldern, Themen und Gebieten gesehen – zu den wichtigsten Problemen gehören (unabhängig von Parteipräferenzen) die soziale Gerechtigkeit und die Migration.

### **Die Problemlösungskompetenz der Politik wird skeptisch gesehen**

Fast die Hälfte der Befragten sind der Ansicht, dass die Politik die drängendsten Probleme entweder überhaupt nicht wahrnehme oder zumindest ignoriere. Und fast ein Viertel (22 Prozent) glauben, dass die Politik diese Probleme auch gar nicht lösen könne, sie sprechen ihr also jegliche Problemlösungskompetenz ab.

### **Hohes Maß an politischer Unzufriedenheit und starkes Ungerechtigkeitsempfinden**

In ihrer Mehrheit sind die Bürger Niedersachsens davon überzeugt, dass es in Deutschland insgesamt nicht besonders gerecht zugehe. Auf die Frage:

„Geht es in Deutschland alles in allem gerecht zu?“, äußern nur zwei Prozent, dass es sehr gerecht, 37 Prozent, dass es eher gerecht zugehe. Dieses Ungerechtigkeitsempfinden ist sogar höher als in anderen Bundesländern, beispielsweise in Sachsen.

### **Großes Misstrauen gegenüber den sozialen Medien**

Das größte Misstrauen erfahren die sozialen Medien. Mehr als drei Viertel (78 Prozent) misstrauen diesen Medien eher oder sogar stark. Auch als Informationsquelle über Politik werden soziale Medien überraschend wenig genutzt. Nur jeder Vierte (26 Prozent) nutzt diese Medien als valide Quelle zur Information über Politik. Die übergroße Mehrheit nutzt hierfür stattdessen weiterhin klassische Medien wie Tageszeitungen (75 Prozent), TV (86 Prozent) oder Radio (73 Prozent).

### **Relativ große Unzufriedenheit mit der Demokratie**

Zwar befürworten die Niedersachsen die Demokratie als Idee; aber ein nicht unerheblicher Teil ist unzufrieden damit, wie Politik und Demokratie derzeit funktionieren. Zehn Prozent sind mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland sehr und 35 Prozent eher zufrieden, während insgesamt 14 Prozent sehr oder eher unzufrieden sind. Im direkten Vergleich waren damit 2017 in Sachsen und 2018 in Thüringen mehr Menschen sehr oder eher zufrieden mit dem Zustand der Demokratie. Lediglich in Sachsen-Anhalt waren 2018 weniger Menschen mit der Art und Weise, wie Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden.

### **Unterschiedliche Vorstellungen darüber, was Demokratie bedeutet**

Die Befragung zeigt aber auch, dass es durchaus unterschiedliche Vorstellungen darüber gibt, was die Demokratie für die Bürger eigentlich bedeutet. So ist nur rund die Hälfte der befragten Niedersachsen (49 Prozent) der Meinung, dass Minderheitenrechte und ein staatliches Gewaltmonopol unbedingt zur Demokratie gehören, während 19 Prozent davon überzeugt sind, dass Solidarität und Demokratie eher nicht oder sogar überhaupt nicht zusammengehören; und 20 Prozent meinen, dass die Austragung von Konflikten nicht zur Demokratie gehören. Nicht zuletzt ist fast jeder Dritte (30 Prozent) der Ansicht, dass das staatliche Gewaltmonopol eher oder gar nicht zur Demokratie dazugehört. Für über die Hälfte der Befragten gehört dagegen eine nationale Leitkultur eher oder sogar unbedingt zur Demokratie.

### **Für viele ist die Demokratie zu langsam – sie braucht zu lange, um Entscheidungen zu treffen**

Zwei Fünftel der Befragten (41 Prozent) sehen in der Demokratie keinen Nachteil. Umgekehrt benennen über die Hälfte mindestens einen Nachteil an der Demokratie. Diese genannten Nachteile sind ganz unterschiedlich: Manche kritisieren die Politiker und die Parteien, andere bemängeln strukturelle Schieflagen im politischen System. Für viele ist die Demokratie zu langsam – sie brauche zu lange, um Entscheidungen zu treffen.

### **Kaum jemand hält Gewalt für ein geeignetes Mittel**

Obwohl nicht einmal ein Prozent davon überzeugt sind, dass Gewaltanwendung zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele grundsätzlich legitim sei, stimmen in Niedersachsen immerhin rund 13 Prozent der Aussage zu, dass Gewalt als Reaktion auf Gewalt gerechtfertigt sei. Insgesamt ist die Gewaltneigung in Niedersachsen deutlich geringer, als laut Befragungen in den ostdeutschen Bundesländern.

### **Relativ viele autoritäre Politik- und Gesellschaftsvorstellungen**

Rund ein Viertel der Bürger Niedersachsens (26 Prozent) lehnt die Aussage ab: „Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außen-seiter und Unruhestifter vorgehen“; und 23 Prozent meinen, dass Deutschland eine starke Führung brauche, an deren Vorgaben sich alle halten müssten. Dennoch liegen die Zustimmungswerte deutlich niedriger als beispielsweise in Sachsen.

### **Hohe Zustimmung zu Verschwörungstheorien**

Fast jeder Vierte in Niedersachsen befürchtet, dass die staatlichen Behörden alle Bürger ganz genau überwachten. Kaum weniger (24 Prozent) gehen davon aus, dass hinter Ereignissen, die auf den ersten Blick nicht miteinander in Verbindung stehen, oftmals geheime Aktivitäten ständen. Diese Anzeichen von Verschwörungdenken verstärken sich noch dadurch, dass sogar 43 Prozent meinen, es gebe geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen ausübten.

### **Lebensweltliche Abgrenzung der Bürger**

Zwar hat Niedersachsen einen Migrationsanteil von rund 21 Prozent; doch scheinen mehr als die Hälfte der Niedersachsen (55 Prozent) eher ein homogenes Umfeld zu bevorzugen. Sie berichten, dass Freunde und Bekannte ihnen ähnlich seien und in der Mehrheit dieselbe Religion und Nationalität wie sie hätten. Überdies sind lediglich knapp 61 Prozent in Niedersachsen grundsätzlich offen, wenn ihnen Personen begegnen, die hinsichtlich Aussehen oder Verhalten auf sie ungewöhnlich oder fremd wirken.

### **Die Volksparteien verlieren leicht, die AfD kann von der Unzufriedenheit nicht profitieren**

Nach unserer Sonntagsfrage würden die Christdemokraten zwar die Sozialdemokraten überholen; beide Parteien würden jedoch deutlich verlieren: Die CDU käme auf 29 Prozent und verlöre damit 3 Prozentpunkte, während der Verlust der SPD mit 6 Prozentpunkten doppelt so hoch ausfiele (27 Prozent Stimmenanteil). Gewinner der Wahl wären mit einem Plus von 9 Prozentpunkten die Grünen (23 Prozent). Während nach unserer Sonntagsfrage die FDP unverändert auf 5 Prozent und die LINKE mit einem leichten Plus auf 6 Prozent kämen, würde die AfD 6 Prozent erzielen. Die AfD würde demnach nicht von der aufgewühlten Stimmung und Unzufriedenheit profitieren.

### **Kein Grund zur Entwarnung**

Auch wenn die AfD überraschenderweise trotz des relativ großen Misstrauens, der Frustration und der Unzufriedenheit mit der Politik derzeit keine Wahlerfolge einfahren könnte, ist dies kein Grund zur Entwarnung für die etablierten Parteien. Denn viele Zusammenhänge sind weiterhin unklar. Diese sollen in Anschlussstudien durch qualitative Tiefenbohrungen geklärt werden. Insbesondere muss hier nach den Ursachen des Ungerechtigkeitsempfindens in Niedersachsen gefragt und untersucht werden, ob dieses mit der Unzufriedenheit mit Politik und Demokratie zusammenhängt. Gleiches gilt für den Zusammenhang zwischen der Problemwahrnehmung und der Abneigung gegen Demokratie. Warum lehnt ein Teil in Niedersachsen die Demokratie ab? Unter welchen konkreten Umständen ist für die insgesamt rund 14 Prozent in Niedersachsen Gewalt als politisches Mittel legitim und aus welchen Gründen sind Verschwörungskonstrukte so stark in der gesellschaftlichen Mitte verortet?

### Wie geforscht wurde

Zwischen dem 9. November und dem 4. Dezember 2018 wurden 1.001 Bürger Niedersachsens ab 16 Jahren im Zuge des Niedersächsischen Demokratie-Monitors zu den Themen Politik und Demokratie befragt. Die Befragung wurde mit computerunterstützten, standardisierten, deutschsprachigen Telefoninterviews in einem Dual-Frame-Ansatz (70 Prozent der Stichprobe Festnetznummern in Niedersachsen, 30 Prozent der Stichprobe Mobilfunknummern) durchgeführt. Die Fehlertoleranz beträgt bei 5 Prozent Irrtumswahrscheinlichkeit und der Annahme einer einfachen Zufallsauswahl bei einem einzelnen Merkmal maximal  $\pm 3.1$  Prozent. Um eine unterschiedliche Teilnahmebereitschaft und Verweigerungsneigung auszugleichen, wurden auf Basis der gemeinsamen Verteilung von Alter, Geschlecht und Bildung im Mikrozensus 2017 Poststratifizierungsgewichte eingesetzt.

*Marg, Stine / Finkbeiner, Florian /  
Kühnel, Steffen / Dermitzaki, Efpraxia*

## Niedersächsischer Demokratie-Monitor NDM 2019



FoDEX-Studie Nr. 2 (2019)

ISSN (Print) 2628-3743

ISSN (Online) 2628-3751

Die Studie ist online abrufbar unter:

[https://www.fodex-online.de/  
publikationen/niedersaechsischer-  
demokratie-monitor-2019](https://www.fodex-online.de/publikationen/niedersaechsischer-demokratie-monitor-2019)

